

## **Berlin kann mindestens 59 Pflegestützpunkte aufbauen**

Am 14. März hat der Deutsche Bundestag in 2./3. Lesung mit den Stimmen der Regierungsfractionen das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz verabschiedet. Nach zähem Ringen haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns mit wesentlichen Forderungen durchgesetzt.

Auf meine Initiative hin wird zukünftig in der pflegerischen Versorgung auch kulturell bedingten unterschiedlichen Bedürfnisse stärker Rechnung getragen. Gleiches gilt für die geschlechterspezifischen Unterschiede. Leider war es nicht möglich, hier einen individuellen Rechtsanspruch einzuführen, aber die Bestimmungen des § 1 werden unweigerlich zu einer Qualitätsverbesserung der Pflege unter Berücksichtigung der Wünsche der Pflegebedürftigen führen.

Das Herzstück der Pflegereform, die Einrichtung der Pflegestützpunkte, war bis zum Schluss eine Sollbruchstelle. Wir ermöglichen diese. Bundesseitig fördern wir den Aufbau von Pflegestützpunkten mit insgesamt 60 Millionen Euro als Anschubfinanzierung. Die Entscheidung zur wohnortnahen Einrichtung von Pflegestützpunkten liegt nun bei den Bundesländern. Je Stützpunkt können 45.000 Euro - bei Einbindung des Ehrenamtes sogar 50.000 Euro - gewährt werden. Die Zuweisung des Geldes erfolgt nach dem Königsteiner Schlüssel. Ich rufe Berlin auf, im Interesse der Bevölkerung rasch initiativ zu werden. Wir können in Berlin bei maximaler Ausfinanzierung 59 Pflegestützpunkte aufbauen.

In den Stützpunkten können Pflegebedürftige oder ihre Angehörigen umfassend und einheitlich beraten werden und auch die erforderlichen Anträge auf Pflegeleistungen stellen, die von dort an die jeweiligen Leistungsträger weitergeleitet werden und von diesen unverzüglich zu entscheiden sind. Selbstverständlich kann die Pflegeberatung auch in der Häuslichkeit der Pflegebedürftigen stattfinden.

Wir verbessern für 2 Millionen Pflegebedürftige und ihre Angehörigen die Leistungen, die häusliche Pflege wird gestärkt: Für Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz wie z.B. Demenzerkrankte führen wir einen neuen Leistungsanspruch mit einem Grundbetrag in Höhe von 100 Euro, bei erhöhtem Betreuungsbedarf von 200 Euro monatlich ein. Wir erhöhen für Pflegebedürftige schrittweise die Sachleistungsbeiträge der Pflegestufen I bis III - ein Novum im Bestehen der Pflegeversicherung seit 1995. Wir verkürzen die Begutachtungsfrist für Menschen, die palliativ versorgt werden und führen einen Anspruch auf Kurzzeitpflege für pflegebedürftige Kinder in kindergerechten Einrichtungen ein. Wir sichern nicht erwerbstätigen Pflegenden eine durchgängige Rentenversicherung, wenn sie selbst in Urlaub gehen. Wir fördern durch das Poolen von Pflegeleistungen in der Nachbarschaft oder in Wohngemeinschaften neue Wohnformen. Wir stärken auch die Rehabilitation vor und in der Pflege indem wir die Übergänge zwischen Krankenhaus, Reha-Einrichtung und häuslicher bzw. stationärer Pflege verbessern.

Schlechte Pflege in Heimen muss unterbunden werden. Wir verbessern Qualität und Transparenz: Wir verpflichten den Medizinischen Dienst, Einrichtungen jährlich unangemeldet zu besuchen, wir erhöhen die pflegewissenschaftlichen Anforderungen an die Qualitätsprüfung und für die Qualitätssicherung. Endlich können stationäre Einrichtungen auch eine eigene HeimärztIn einstellen. Auf Anregung der SPD werden auch stationäre Einrichtungen, die demenziell erkrankte Menschen betreuen, zusätzlich unterstützt. Für je 25 Personen wird eine zusätzliche Betreuungsperson finanziert.

Die Union wollte unserer Forderung nach einer kurzzeitigen bezahlten Freistellung von bis zu 10 Tagen bei kurzfristig auftretender Pflegebedürftigkeit unverständlicherweise nicht nachkommen. Von vorneherein aussichtslos war die Durchsetzung der von allen finanzierte solidarische Finanzausgleich zwischen Privater Pflegeversicherung und Sozialer Pflegeversicherung. Aber: Sowohl die bezahlte Freistellung für Angehörige, die Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs als auch die BürgerInnenversicherung Pflege sind nach wie vor unser Ziel - und kommen auf die Wahlkampfagenda für 2009.